

# Exzess des Staatsterrorismus

Dokumentiert. Am 6. Juni 1941 erließ das Oberkommando der Wehrmacht den »Kommissarbefehl« – die Aufforderung zum Mord. **Von Dietrich Eichholtz**



Angeklagte Nazikriegsverbrecher beim Nürnberger Prozess. Hintere Reihe: Alfred Jodl, Franz von Papen, Arthur Seyß-Inquart, Albert Speer. Vordere Reihe: Erich Raeder, Wilhelm Frick, Julius Streicher (30.9.1946)

**F**ragt man heute Jung oder Alt nach dem »Kommissarbefehl«, mitunter sehr ungenau »Hitlers Kommissarbefehl« genannt, so stößt man auf verbreitete Unkenntnis; ausgenommen bei Interessenten, die in der DDR guten Geschichtsunterricht genossen haben. (...) Der »Kommissarbefehl« (OKW-»Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare«) vom 6. Juni 1941 war der Höhepunkt der geplanten Vernichtungssorgie während des »Barbarossa«-Feldzugs und kostete in den Jahren des Krieges Mordopfer, deren Zahl wahrscheinlich in die Hunderttausende geht.

Dieser Exzess des Staatsterrorismus ist Historikern durchaus gut bekannt. Er darf nur nicht als Spezifikum des deutschen Faschismus und schon gar nicht als Marotte Hitlers abgetan werden. Seine Blutsur lässt sich Jahrzehnte zurückverfolgen. Zunächst sollte der uns heute zu Recht geläufige Begriff des Staatsterrorismus als in der Geschichte nicht selten, aber niemals so typisch, nirgends so konstitutiv vorkommend wie im Imperialismus, verstanden werden. Gezielte Morde, Krieg, Genozid und Massenvertreibung, Ausrottung von Staats wegen sind ein Kainmal der letzten 120 bis 150 Jahre.

Das Ziel des Krieges gegen die Sowjetunion war die Zerstörung der UdSSR, die Vernichtung der Roten Armee und die Auslöschung der sozialistischen Lehre und Weltanschauung. Darin gingen die Reaktionäre aller imperialistischen Mächte mit der deutschen Führung einig, solange der »Führer« nicht auf ihre Kosten nach der deutschen Weltmacht strebte. Als Antikommunist wie als Antisemit war Hitler nicht nur ein besonders radikaler Finsterling, sondern auch Sprachrohr der imperialistischen Epoche und insbesondere breiter Kreise – Ultranationalisten, Militaristen, Kolonialisten – der deutschen Gesellschaft. Schon lange vor seinem Auftritt waren im Kaiserreich Expansionswut, Kriegsdurst, Rassistismus virulent (Wilhelm II.: »Germanen gegen Slawen«). Der Erste Weltkrieg, sein Blutzoll, die Revolution und ihre blutige Niederschlagung, das Versailler Friedensdiktat und die

Oktoberevolution in Russland vertieften die gesellschaftlichen Gräben. Der Faschismus sammelte seine Anhänger in Deutschland zuvörderst aus den Reihen der rachebegierigen Militärs und der mordlustigen Antikommunisten.

Schon bevor Hitler den Zweiten Weltkrieg entfesseln ließ, hatte sich die faschistische Basis im Volk stark verbreitert. Aber es waren die Kerntruppen in der Wehrmacht und die Terrorsondentruppen (SS), die in Bereitschaft standen, »dem Bolschewismus entgegenzutreten« (General Franz Halder, April 1939). Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Heeresleitung und SS-Führung schnürten entsprechend Hitlers Weisung Nr. 21 den »Bar-

*Das Ziel des Krieges gegen die Sowjetunion war die Zerstörung der UdSSR, die Vernichtung der Roten Armee und die Auslöschung der sozialistischen Lehre und Weltanschauung*

barossa«-Plan, »Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen« (...)

Das Ziel der Vernichtung der »jüdisch-bolschewistischen« Führung des Sowjetreiches wurde hundertfach in barbarischstem Jargon beschworen, ohne dass es den Adressaten, das heißt Wehrmacht und SS, auch nur annähernd klar war, wie viele Hunderttausende (Millionen?) Bürger der UdSSR nun tatsächlich umzubringen waren. Um nur die obersten Verantwortlichen zu zitieren: Hitler: »Die Führermaschinerie des russischen Reiches muss zer schlagen werden. Im großrussischen Bereich ist Anwendung brutalster Gewalt notwendig.« (17.3.1941) Göring: »Zunächst (sind) schnell die bolschewistischen Führer zu erledigen.« (26.2.) Generaloberst Jodl: »Notwendigkeit, alle Bol-

schewistenhauptide und Kommissare sofort unschädlich zu machen.« (3.3.) Generalfeldmarschall v. Brauchitsch: »Kampf von Rasse zu Rasse.« (27.3.) Generaloberst Halder: »Diesmal (tritt der Truppe) als besonders gefährliches und jede Ordnung zersetzendes Element aus der Zivilbevölkerung der Träger der jüdisch-bolschewistischen Weltanschauung (entgegen).« (OKH-Entwurf 6.5.) (...)

In der schließlichen Fassung des Kommissarbefehls durch das OKW – nach Vorgaben Hitlers und Einlassungen des Oberkommandos des Heeres (OKH) – hieß es, dass die Kommissare der Roten Armee nicht als Gefangene anerkannt würden und sofort, spätestens in den »Durchgangslagern«, zu »erledigen« seien. Dieses offene Verbrechen gegen das Völkerrecht war nicht zu verteidigen, erst recht nicht – wie nach einem Vorschlag von Jodl – »am besten als Vergeltung im voraus«. (12.5.) In der Truppe sprach sich der Befehl noch vor dem Überfall schnell herum. Er kursierte unter den höheren Offizieren und wurde häufig mündlich an die unteren Chargen weitergegeben.

Die Aufforderung zum Mord an Kommissaren in Verbindung mit der weitgehenden Befreiung deutscher Soldaten von Strafverfolgung bei Mord und anderen Exzessen (sogenannter Kriegsgesetzesbefehl vom 13.5.1941) schien dem einen oder anderen Kommandeur zu weitgehend: Es könne für die Disziplin der Truppe bedenklich sein, wenn sich jeder Soldat das Recht nehmen könne, »auf jeden Russen ... von vorne und hinten zu schießen«. (Generalfeldmarschall von Bock, 4.6.) (...) Es zeugt von der tiefen Verworfenheit der politischen und militärischen Führung des Deutschen Reiches, dass in diesen Kreisen nicht einmal eine größere Opposition gegen diese Art von Vernichtungskrieg existierte.

→ Dietrich Eichholtz (1930–2016): Staatsterrorismus. Vor 70 Jahren wurde der »Kommissarbefehl« erlassen – Freibrief für künftige Naziverbrechen an der Ostfront. In: *junge Welt*, 4. Juni 2011



Der schwarze Kanal  
**Von Arnold Schölzel**

## Naziproblem

Unter der Überschrift »Ukraine's military has a real Nazi problem« (Das ukrainische Militär hat ein echtes Naziproblem) setzt sich die ukrainische Historikerin Marta Gawrisko am Dienstag auf der Internetseite der Washingtoner »Denkfabrik« The Quincy Institute for Responsible Statecraft mit einem Problem auseinander, das in der Unterüberschrift so zusammengefasst wird: »In ihrem Eifer, russische Propaganda zu entlarven, haben westliche Eliten versucht, die Tatsache zu verschleiern, dass sich in den Reihen Kiews Extremisten befinden, die dem Gedankengut des Dritten Reiches anhängen.«

Gawrisko, die gegenwärtig in den USA arbeitet, nannte am Mittwoch in einem Youtube-Interview mit dem norwegischen Politikwissenschaftler Glenn Diesen die Ehrung des Nazikollaborateurs und Kriegsverbrechers Andrij Melnyk (1890–1964) durch Wladimir Selenskij einen »Wendepunkt« in der Geschichtspolitik Kiews (siehe *junge Welt* vom 22. Mai: »Held« heimgeholt von Susann Witt-Stahl).

Dem gegen Wladimir Putins »Entnazifizierung« gerichteten »Propagandamythos« des Westens, in der Ukraine gebe es keine Nazis oder nur einflusslose Spinner, hält die Autorin entgegen: »Neonazinetzwerke sind tief in Teilen der ukrainischen Militärstruktur verwurzelt.« Sie nennt »Asow«, die 3. Sturmbrigade, das Russische Freiwilligenkorps, »Bratstow«, das Deutsche Freiwilligenkorps und die »Karpatska Sitsch«. Sie alle erhielten westliche Unterstützung. »Noch auffälliger« sei »die Normalisierung der Nazisymbolik« an sich.

Gawrisko nennt mehrere Kommandeure und Einheiten, die öffentlich Embleme der SS, der Division Dirlewanger oder die »Wolfsangel« zeigen. Letztere war das »Wappen« des von der deutschen Abwehr im Frühjahr 1941 mit ukrainischen Freiwilligen aufgestellten Bataillons »Nachtigall« und ist auch das der »neu aufgestellten« Einheit gleichen Namens.

Die Historikerin fasst zusammen, all das sei erstens »eine Form des Geschichtsrevisionismus und der schleichenden Rehabilitierung des Nationalsozialismus«, eine Verharmlosung der Opfer von sieben Millionen Ukrainern, die in der Roten Armee kämpften – »im Gegensatz zu den 300.000, die in verschiedenen militärischen Formationen und Polizeieinheiten auf der Seite Nazideutschlands dienten«. Zudem eine Schändung des Gedenkens »an die Opfer des Nationalsozialismus in der Ukraine: 1,5 Millionen im Holocaust ermordete Juden sowie Millionen von Slawen, Kriegsgefangenen, Roma, psychisch Kranken, Zwangsarbeitern und zahllosen anderen Menschen, die der Maschinerie der rassistischen Vernichtung und Ausbeutung zum Opfer fielen«.

Zweitens verschaffe jedes gezeigte Nazisymbol »dem Kreml einen weiteren Propagandasieg«: »Russische Propagandisten müssen keine fiktiven Nazis in Kiew erfinden.« Drittens verstoße die offene Verwendung von Nazisymbolik »gegen die ukrainischen Erinnerungsgesetze von 2015«, die dafür Strafen von bis zu fünf Jahren vorsehen. Warum nicht ermittelt werde? »Weil die Regierung Selenskij – und Präsident Wladimir Selenskij persönlich als Oberbefehlshaber – einen politischen Pakt mit der extremen Rechten geschlossen haben.« Die westlichen Partner seien »auf ukrainische Streitkräfte angewiesen, um Russland zu schwächen«, tolerierten und schwiegen daher.

Oder lügen wie das deutsche Auswärtige Amt: Am Mittwoch antwortete dessen Sprecher in der Bundespressekonferenz auf die Frage, ob die Bundesregierung die Kritik der Jerusalemer Holocaustgedenkstätte Yad Vashem an der Ehrung Melnyks durch Kiew teile: »Mir ist dieser Vorgang nicht bekannt, sorry.« Die Bundesregierung hat längst ein Naziproblem.